

## Protokoll der Betroffenenrats-Sitzung Lehrter Straße vom 6.3.2007

Anwesend: R. Blais (Förderverein Lokale Agenda), S. Born, M. Raasch, R. Eismann (beide Mieterbeirat), Stefan Sramkiewicz, Maria Gerokari (beide Kulturfabrik), W. Schröter, S. Torka; J. Baldauf, G. Sperr, U. Stockmar, M. Scheffler (Stadträtin für Soziales und Bürgerdienste)  
entschuldigt: L. Jastram

TOPs:

- 1) Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung
- 2) Miriam Scheffler, die neue Bezirksstadträtin für Soziales und Bürgerdienste steht für Fragen aus dem Kiez zur Verfügung
- 3) Verschiedenes
- 4) Festlegung der Themen für die nächste Betroffenenratssitzung

### TOP 1) Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung

Das Februarprotokoll wird ohne Änderungen verabschiedet.

### TOP 2) Miriam Scheffler, die neue Bezirksstadträtin für Soziales und Bürgerdienste steht für Fragen aus dem Kiez zur Verfügung

Nach einer Vorstellungsrunde der Anwesenden **stellt Miriam Scheffler sich selbst vor**. Sie ist Diplomverwaltungswirtin, Ausbildung ab 1986 im Bezirksamt Charlottenburg. Danach im Sozialamt Charlottenburg und ab 1993 im Sozialamt Kreuzberg gearbeitet. Seit 1995 in der Stabsstelle für die Amtsleitung und die Sozialstadträtin. Seit 2003 als Controllerin und Webmasterin. Seit 2000 ist sie Mitglied bei den Grünen in Mitte und seit 2001 Bezirksverordnete. Sie wohnt seit langem der Lübecker Straße und hat einen 14jährigen Sohn. (Wer sich dafür interessiert, kann die Vorstellung zur Wahl als Stadträtin bei den Grünen einsehen, die im Laden vorhanden ist.

M. Scheffler möchte das Bürgeramt als kundenfreundliche Dienstleistung ausbauen, dafür wurden jetzt Samstagsöffnungszeiten eingerichtet.

Besonders gut gefallen ihr die Zeremonien zur Übergabe der Einbürgerungsurkunden.

Es folgt eine kurze Diskussion über Vorfälle von Aberkennung der **Staatsbürgerschaft**.

Die meisten Fragen der Anwesenden drehen sich um das **JobCenter** (die Diskussion wird hier nach Themen geordnet zusammengefasst wiedergegeben).

Zunächst klärt M. Scheffler ihre Rolle als Mitglied der **Trägervertretung des JobCenters**.

Die Trägervertretung für das JobCenter Berlin-Mitte ist ein sechsköpfiges Vorstandsgremium, dem 3 Personen aus der Bundesagentur für Arbeit angehören und 3 aus dem Bezirksamt. M. Scheffler ist die stellvertretende Vorsitzende als Stadträtin für Soziales. Außerdem ist der Bürgermeister C. Hanke und der Stadtrat für Finanzen J.-P. Heuer Mitglied dieses Gremiums.

**Dieses Gremium trifft wichtige strategische Entscheidungen.**

Bei dieser Zusammensetzung muss sich das Gremium auf Kompromisse einigen, es gab in der Vergangenheit Blockadesituationen. Alle Bezirksämter in Berlin streben die kommunale Hoheit an.

In Mitte werden 150 Mio. Euro für **Kosten der Unterkunft** ausgegeben. Das sind Mittel des Bezirks. Die Richtlinie des Senats zur Wohnraumversorgung legt nur eine monetäre Höchstgrenze fest, unabhängig von der Größe der Wohnung.

Ende Januar ist die **neue Maßnahmeplanung** beschlossen worden. Es gibt 70 Mio. Euro Eingliederungsmittel für Mitte, davon sollen 2/3 für Beschäftigungsmaßnahmen und 1/3 für Qualifizierungen eingesetzt werden. Es wird MAE, ABM und RBM (heißt jetzt Entgeltvariante) geben.

Ihr Ziel ist, dass im Rahmen der Maßnahmeplanung mehr Menschen als vorher die Gelegenheit zu einer Maßnahme erhalten sollen. Bisher gab es für knapp 50.000 erwerbsfähige Leute im Jahr 17.000 Maßnahmen. Maßnahmen sollen differenzierter werden.

Bei ABM werden max. 1.300 Euro gezahlt, bei RBM 1.200 Euro + 500 Euro für den Träger. Die Erfolgsquoten dieser Maßnahmetypen werden jetzt geprüft.

Es wird kritisiert, dass die Maßnahmen nur bezirksgebunden vergeben werden. M. Scheffler ist der Meinung, dass diese Bezirksbindung jetzt aufgehoben sei.

Es wird kritisiert, dass Organisationen wie die Grüne Liga keine Stellen mehr bekommen. Dazu stellt M. Scheffler fest, dass die Situation nicht vergleichbar mit alten ABM-Zeiten ist. Es war notwendig, auf größere Träger zurückzugreifen, da sonst so viele Maßnahmen nicht verwaltet werden können.

Einen breiten Raum der Fragen und Diskussion nimmt der **Umgang mit Widersprüchen** gegen Bescheide und Entscheidungen des JobCenters ein.

Dazu erklärt M. Scheffler, dass das JobCenter Mitte schwierige Startbedingungen hatte. Es ist das zweitgrößte JobCenter in Deutschland mit ca. 600 Mitarbeitern. Zu Beginn gab es 20.000 Rückstandsfälle. Außerdem sind bekannten Softwareprobleme aufgetreten.

Die Kommune (Bezirk) wollte eine Rechts- und Widerspruchsstelle einrichten, was die Arbeitsagentur verweigerte.

Erst kürzlich haben die **Sozialgerichte die bestehende Situation als besorgniserregend** geschildert, denn ein sehr großer Anteil von Widersprüchen, die bei den Sozialgerichten landen, ist erfolgreich: 40% aller Klagen. Eine solche Quote wäre früher beim BSHG (Sozialhilfe) undenkbar gewesen. Eine Widerspruchsstatistik wird bei den Senatsverwaltungen für Justiz und Soziales geführt. Die Widersprüche sind Thema auf Landes- und Bezirksebene.

Die Trägervertretung hat beschlossen, die Widerspruchsstelle in Mitte zu verstärken. Es gibt **befristete Stellen** für den Abbau der Rückstände. Auch im Leistungsbereich gibt es grundsätzliche Probleme. Es muss neues Personal von außen eingestellt werden, da es im Stellenpool kein geeignetes Personal gibt.

M. Scheffler stimmt dem zu, was alle Anwesenden, die sich mit einzelnen Fällen beschäftigt haben, raten: Wer sich ungerecht behandelt fühlt, sollte sich bei Vorgesetzten beschweren und/oder Widerspruch einlegen. Oft kann der Erlass einer **einstweiligen Anordnung beim Sozialgericht** schnell zu Erfolg führen, wenn Anträge oder Widersprüche nicht bearbeitet werden.

U. Stockmar, ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht, aber nur für ALG I, fragt, ob es Bestrebungen gibt die Bearbeitung des Widerspruchsbescheids zu entbürokratisieren. Eine **Ombudsstelle**, die sich der Missstände annimmt, wäre sinnvoll einzurichten.

M. Scheffler bedauert, dass eine Ombudsstelle gesetzlich nicht vorgesehen ist. Dennoch wurde in der letzten BVV wurde der Antrag beschlossen, eine Ombudsstelle im JobCenter Mitte einzurichten - der gleiche Wunsch war im letzten Jahr in der Trägervertretung gescheitert. Ihre Aufgabe ist es jetzt zu überlegen, wie diese Stelle eingerichtet werden kann, ohne dass Kosten entstehen. Daran arbeitet sie.

R. Blaus berichtet von einer Hartz IV-Bilanzveranstaltung in der Heilig-Kreuz-Kirche. Dort wurde behauptet, dass es eine **Weisung von oben** gab Widersprüche nicht nur zu verzögern, sondern abzulehnen. Zur Zeit stehen 20.000 Rechtsstreitigkeiten an.

M. Scheffler glaubt an so eine Anweisung nicht, ehe das nicht bewiesen ist, da es gegen rechtsstaatliches Handeln verstößt.

Thema: **Vermittlung** in den ersten Arbeitsmarkt. Dafür gibt es bundesweit geführte Statistiken mit Kennzahlen für die Integration in den 1. Arbeitsmarkt. Doch scheint auch die Politik langsam einzusehen, dass die Verkündung von Vollbeschäftigung durch Hartz IV illusorisch ist. Schlechtqualifizierte können kaum integriert werden.

M. Scheffler betont, dass zur Zeit auch der Vermittlungsbereich ziemlich unterbesetzt ist, bis Mai sollen aber alle Stellen besetzt sein.

R. Blais fragt, ob es nur noch Jobangebote mit **Vermittlungsschein** gibt. Vor einem Jahr waren ca. 10% der Angebote solche mit Vermittlungsschein, jetzt sollen es fast 100% sein. Die Frage konnte nicht beantwortet werden.

Weiterhin wird kritisiert, dass die **Berechnungen nicht transparent** sind und damit die Bescheide undurchschaubar. Es wird angeregt Mitarbeiterschulungen in größerem Umfang vorzusehen.

Beispiel: Das JobCenter hat **nach 3 Monaten eine Eingangsbestätigung** rausgeschickt, viele erhalten gar keine. Das ist nicht in Ordnung. Manches ist zu bürokratisch. Probleme im Qualitätsbereich werden von M. Scheffler gesehen.

Beispiel: **Umschulung** musste erst durchgesetzt werden.

Beispiel: Manche wurden **5 x hintereinander in Bewerbungstrainings** geschickt.

Beispiel: alter **Mietvertrag** mit zwei Hauptmietern, von denen einer nicht mehr erreichbar ist.

J. Baldauf weist im Zusammenhang mit Bürgerdiensten auf eine **Lücke im Meldeverfahren** hin. Durch seine Betreuungstätigkeit hat er erfahren, dass viele ältere Menschen Probleme haben, ihre Miete zu bekommen, da die Wohnung angeblich untervermietet werde. Die Leute wissen aber nichts davon, dass sich jemand bei ihnen angemeldet hatte.

M. Scheffler stellt fest, dass das Problem bekannt ist. Der Grund ist eine Gesetzesänderung. Früher mussten bei Anmeldung als Untermieter Mietverträge vorgelegt werden, damals waren die Melderegister besser. Jetzt werden Anschriften überprüft. Das Bürgeramt Mitte setzt sich beim Senat dafür ein, dass das Gesetz wieder geändert wird.

### TOP 3) Verschiedenes

#### **Straßenfest**

Am 30.6., Vorbereitungen laufen. An diesem Tag wird in ganz Moabit gefeiert. Das Straßenfest soll bei **Inselglück**, den Moabiter Kulturtagen angemeldet werden.

Anmeldeschluss 15.4.

Im Rahmen der Lokalen Agenda wird am Sonntag 1.7. vermutlich eine Tiergartenexkursion im Rahmen des Tages der Stadtnatur (Stiftung Naturschutz) stattfinden.

#### **Poststadion - Fritz-Schloß-Park - Kiezzrundgang**

Als Termin wird Samstag, 24.3., Treffpunkt 14 Uhr am Eingang Turmstraße festgelegt. Es sollen jeweils donnerstags am 22. Und 29.3. weitere Workshops stattfinden, laut Auskunft von Gangway, Einladungen gibt es dazu nicht.

Nachtrag: Diese Workshops haben nicht stattgefunden, dafür Beratungen in den Ausschüssen für Sport und Stadtentwicklung der BVV Mitte in der letzten März-Woche.

**Atelierhaus**

Vorgeschichte vgl. Februar-Protokoll, TOP 7) Verschiedenes.

Auf unsere Anfrage beim Bezirksamt, wie es denn möglich war, dass dieser Entwurf mit dem Denkmalschutz in Einklang stehen kann, gab es verschiedene Antworten von Herrn Metz (BWA, Amt für Bauen und Genehmigen) und auch ein Schreiben von Baustadtrat Gothe, in dem dargelegt wird, dass die Gebäudehöhe von 12,40 Meter aus Denkmalschutzgründen vorgeschrieben wurde. Es sollte erst niedriger gebaut werden. Frank Bertermann (Bü90/Grüne) hat sich dafür eingesetzt, dass das Vorhaben bei uns vorgestellt wird.

Herr Metz aus der Abt. Stadtentwicklung wird die Baugenehmigung für das Atelierhaus Kruppstraße vorstellen und diskutieren. Er hat den Termin zugesagt.

S. Torcka wird beauftragt, die Architekten und die Künstlerin zu diesem Termin einzuladen.

**Hauptbahnhof**

Es wird morgen ein Pressegespräch mit Claudia Hämmerling von den Grünen geben, in dem die "Servicewüste" dargestellt werden soll. S. Torcka wird hingehen und die Forderungen des Betroffenenrats einbringen (Ampelphasen, Haltestellen, Wege usw.)

**Terminhinweise auf**

KiezAktivKasse am 12. März und Klara-Franke-Tag mit Preisverleihung am 10. März

**TOP 4) Festlegung der Themen für die nächste Betroffenenratssitzung**

Der Bau des Atelierhauses an der Kruppstraße wird vorgestellt.